



CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung 9 (Mülheim)  
51065 Köln - Wiener Platz 2a

---

Gleichlautend an:

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker  
Rathaus Köln

Herrn Bezirksbürgermeister Norbert Fuchs  
Bezirksrathaus Köln-Mülheim

Köln, den 09.04.2021

Anfrage zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung

Hier: Verwaltung verweigert Auskunft nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,  
sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister,

In den Bezirksvertretungsfraktionen gibt es immer wieder Anfragen nach dem Thema Tempo 30 auf der Bergisch Gladbacher Straße. Dabei beschwerten sich Bürger, dass die Verwaltung Auskünfte und Zugang zu dem exakten Lärmgutachten, wie sie von den Bürgern nach dem Informationsfreiheitsgesetz verlangt werden, verweigert oder verzögert, oder immense Kosten von bis zu 1000 Euro für eine solche Auskunft in Rechnung stellen will. Da ergeben sich folgende Fragen:

1. Welche Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz sind kostenpflichtig für den Bürger?
2. Welche Kostenarten können dabei entstehen?
3. Welche Höhe können die einzelnen Kostenarten annehmen?
4. Wie lang ist die Bearbeitungszeit einer Anfrage nach Herausgabe des Lärmgutachtens über die Bergisch Gladbacher-Straße?
5. Warum werden Auskünfte nach dem Informationsfreiheitsgesetz über das Lärmgutachten der Bergisch Gladbacher Straße von der Verwaltung mehrere Monate herausgezögert?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Thomas Portz, Vorsitzender CDU-Fraktion  
gez. Torsten Tücks, FDP  
gez. Alexander Lünenbach, Vorsitzender SPD-Fraktion